

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Rainer Steenblock, Jürgen Trittin, Manuel Sarrazin, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat in Brüssel am 19./20. Juni 2008

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Irland stimmte in einem Referendum gegen den Vertrag von Lissabon, den der Bundestag mit überwältigender Mehrheit angenommen hat. Im Respekt vor dieser Entscheidung muss der Weg der europäischen Integration weitergehen. Die Ratifizierung des neuen Vertrags muss fortgeführt werden. Denn die Europäische Union muss dringend insbesondere strukturell reformiert werden. 18 Mitgliedstaaten haben den Vertrag bereits ratifiziert. In acht Mitgliedstaaten steht die Ratifizierung noch aus.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für die Fortführung der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon in den noch ausstehenden Mitgliedstaaten einzusetzen,
2. am Vertrag von Lissabon mit seinen vielen wichtigen Reformen festzuhalten und die Vorschläge zu einem „Kerneuropa“ oder einer Aufkündigung der Erweiterungsperspektive abzulehnen,
3. mehr Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Europapolitik sicherzustellen.

Berlin, den 18. Juni 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die Europäische Union muss dringend reformiert werden. Der Vertrag von Lissabon liefert hierfür eine gute Grundlage. Er macht die Europäische Union demokratischer, transparenter, effizienter und stärkt die sozialen Rechte sowie den Grundrechtsschutz. Die Konstrukte eines „Kerneuropas“ oder der verstärk-

ten Zusammenarbeit in verschiedenen Politikfeldern hingegen lösen diese Aufgaben nicht. Diese Reformen müssen aber das Ziel der weiteren europäischen Integration bleiben. Denn sie sind zentral, um die EU den Bürgerinnen und Bürgern wieder näherzubringen.

Abzulehnen sind die Forderungen von Abgeordneten aus dem Bundestag und dem Europäischen Parlament, die laufenden Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei zu stoppen. Diese Verhandlungen wurden einstimmig eröffnet und müssen fair und ehrlich weitergeführt werden. Vor der nächsten Erweiterung muss es aber zu Reformen an den Strukturen der Europäischen Union kommen.

Die Gründe für die Ablehnung einer weiteren europäischen Integration durch Irland sind vielfältig. Intransparenz und mangelnde Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in europapolitischen Fragen sind ebenso ausschlaggebend wie die Instrumentalisierung dieser Abstimmung durch interessierte Kreise, die sich insbesondere in der Gruppe der Neinsager befinden.

Die Ratifizierung des neuen Vertrags muss nun weitergehen. Auch die restlichen acht Staaten müssen die Möglichkeit zur Ratifizierung haben. Nachdem die 26 Mitgliedstaaten dann entschieden haben, mit dem Vertrag von Lissabon den Weg der europäischen Integration weiterzugehen, müssen wir eine Lösung für und mit Irland finden.